

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Altersarmut verhindern - armutsfeste Rente einführen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für die Einführung einer armutsfesten solidarischen gesetzlichen Rente für alle von mindestens 1.050 Euro netto pro Monat einzusetzen. Der Mindestbetrag soll für den Bereich der Altersrente und den Bereich der Erwerbsminderungsrente gelten und er soll bundesweit einheitlich sein.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Bereits heute sind die Alters- und die Erwerbsminderungsrenten der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland nicht armutsfest. Bereits heute erhalten etwa 800.000 Menschen bundesweit, die eine Alters- oder eine Erwerbsminderungsrente beziehen, Leistungen der Grundsicherung.

Ihre Zahl wird sich in den nächsten Jahren vervielfachen. Wenn Menschen mit durchschnittlichen Arbeitseinkommen vor der Armut im Alter nicht mehr sicher sind, ist Armut im Alter für Menschen mit geringeren Einkommen sowie für Arbeitslose und Menschen in prekärer Beschäftigung sowie für kranke und behinderte Menschen - die nur bedingt Erwerbsarbeit leisten können und finden - eine Gewissheit; wenn die Politik nicht eingreift.

Die gesetzliche Mindestrente gab es in Deutschland bereits. Bis zum Jahr 1992 wurden niedrige Einkommen bei der Berechnung der Rente höher bewertet. Mit der Einführung einer Mindestrente würde ein bewährtes Instrument der Rentenversicherung also nur reaktiviert.

Eine bedingungslose Mindestrente von 1.050 Euro für alle Altersrentnerinnen und -rentner sowie für alle Menschen mit einer Erwerbsminderung ist politisch realisierbar durch das konsequente Vorgehen gegen Lohndumping und die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen sowie durch die Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung, bei der alle Menschen und alle Einkommensarten zur Finanzierung herangezogen werden.